

Bundeswehr und deutsche Gesellschaft: Die Berliner Republik zwischen Militarisierung und Normalisierung

Stengel, Frank A.

Preprint / Preprint

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Stengel, F. A. (2023). Bundeswehr und deutsche Gesellschaft: Die Berliner Republik zwischen Militarisierung und Normalisierung. In M. Riemann, & G. Löffmann (Hrsg.), *Deutschlands Verteidigungspolitik: Nationale Sicherheit nach der Zeitenwende* (S. 139-153). Stuttgart: Kohlhammer. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-86530-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

[Dies ist ein Pre-print eines Buchkapitels, das vom Kohlhammer-Verlag als Teil des von Georg Löffmann und Malte Riemann herausgegebenen Sammelbands „Deutschlands Verteidigungspolitik. Nationale Sicherheit nach der Zeitenwende“ zur Veröffentlichung angenommen wurde. Der Band erscheint im April 2023 und kann [hier](#) käuflich erworben werden.]

Bundeswehr und deutsche Gesellschaft: Die Berliner Republik zwischen Militarisierung und Normalisierung¹

Frank A. Stengel

Bundeskanzler Olaf Scholz' Diktum von einer *Zeitenwende* und seine Ankündigung eines Richtungswechsels in der deutschen Sicherheitspolitik (2022, 1350) haben neue Debatten über den vielbesagten deutschen Pazifismus entfacht. Folgt man Pressestimmen, so hat der dieser (mal wieder) ausgesorgt. Der *Spiegel* etwa schrieb, der Angriff Russlands auf die Ukraine habe „die Deutschen aus ihrem Pazifismus“ erweckt, *The Times* titelte, die Deutschen hätten ihrem „Pazifismus“ den „Rücken gekehrt“, der *Los Angeles Times* zufolge sind die Deutschen aus ihrem „pazifistischen Zeitgeist“ gerüttelt worden und der *Bayrische Rundfunk* sorgt sich darum, der „Abschied vom Pazifismus“ sei „zu selbstverständlich“.

Der vorliegende Beitrag nimmt die These von der *Zeitenwende* als Abkehr von einem vermeintlichen Pazifismus etwas genauer unter die Lupe. Tatsächlich lassen sich zwei

¹ Dieser Aufsatz ist entstanden im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Verbundprojekts „Wissensproduktion in der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik“ (Projektnr.: 01UG2207A). Der Verfasser dankt Hubert Zimmermann für hilfreiche Kommentare sowie Heiko Biehl und Markus Steinbrecher für Hinweise zur Interpretation von Umfragedaten. Etwaige verbleibende Fehler und Ungenauigkeiten liegen in der Verantwortung des Verfassers.

Hauptpunkte feststellen. Erstens ist Jakob Eberle (2022) zuzustimmen, wenn er feststellt, dass zumindest Deutschlands außenpolitische Eliten streng genommen nie wirklich pazifistisch waren. Zweitens ist auch in Bezug auf die Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu beobachten, dass sie mit Pazifismus mehr schlecht als recht beschrieben sind. In der Fachliteratur wird generell eher von einer (antimilitaristischen) Zurückhaltung gegenüber dem Einsatz deutscher Streitkräfte außerhalb des NATO-Gebiets gesprochen, und selbst diese hat sich seit der deutschen Einheit merklich gewandelt. Insgesamt scheint die deutsche Politik der Zurückhaltung (aktuell diskutiert in Bezug auf Waffenlieferungen an die Ukraine) weniger mit Einstellungen der Bevölkerung als mit (Teilen) der außenpolitischen Elite selbst zu tun zu haben. Deren Zurückhaltung (böse Zungen würden von Zögerlichkeit sprechen) wiederum ist, soweit das von außen beurteilt werden kann, u.a. durch politische Erwägungen, etwa im Hinblick auf zukünftige Kooperation mit Russland, eine allgemeine Risikoaversion (über Antimilitarismus hinaus) und einen generell reaktiven Politikstil beeinflusst.

Pazifismus, Antimilitarismus und Normalisierung

Wenn wir einigermaßen brauchbare Aussagen zum Stand des deutschen „Pazifismus“ treffen wollen, müssen wir erst einmal verstehen, was eine pazifistische Position eigentlich beinhaltet und was sie von angrenzenden Phänomenen unterscheidet. Auch wenn es in den Sozialwissenschaften nicht die eine allgemein anerkannte Definition von Pazifismus gibt (nicht zuletzt, weil in der politischen Praxis verschiedene Formen von Pazifismus existieren), lässt sich doch grundsätzlich festhalten, dass eine pazifistische Position dadurch gekennzeichnet ist, dass sie „Krieg als akzeptables Mittel zur Erlangung des Friedens“ ablehnt und, je nach Ausprägung, ebenso die Existenz von Streitkräften und jegliche Form von Gewalt

(Fiala 2021). Diese grundsätzlich gegenüber Krieg ablehnende Position ist zu unterscheiden von Antimilitarismus, einer ausgeprägten Zurückhaltung, sich mit militärischen Mitteln in der internationalen Sicherheitspolitik zu involvieren (Berger 1998, 1). Der Antimilitarismus lehnt nicht notwendig Verteidigung oder Streitkräfte als solche ab. Darüber hinaus ist es sinnvoll, zwischen außenpolitischen Eliten und der Bevölkerung zu unterscheiden, da deren Sichtweisen gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht immer übereinstimmen (Lagassé/Mello 2018).

Pazifistische Eliten?

Wenn vom deutschen Pazifismus die Rede ist, dann geht das zurück auf die Ansicht, dass der „preußisch-deutsche Militarismus“ eine zentrale Rolle für die beiden Weltkriege und den Aufstieg Hitlers gespielt hat (Bald 2002, 204). Dementsprechend hatten die Westalliierten ursprünglich eine Politik der Entnazifizierung und Demilitarisierung gegenüber dem besiegten Deutschland verfolgt. Der Ausbruch des Korea-Kriegs führte jedoch zu der Überzeugung, dass eine deutsche Wiederbewaffnung unumgänglich sei, und 1950 begann die Bundesrepublik mit der Aufstellung von Streitkräften, gegen durchaus erheblichen öffentlichen Widerstand (von Schubert 1970). Allerdings wäre es irreführend, die Wiederbewaffnung allein als eine Initiative der Westalliierten zu betrachten. Denn nicht nur war die Frage einer Wehrverfassung schon im Parlamentarischen Rat diskutiert worden, sondern der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer selbst betrieb von Anfang an aktiv die Wiederbewaffnung, weil er der Überzeugung war, dass nur ein Staat mit Streitkräften ernst genommen würde (Bald 2002). Die SPD stand dem zwar kritischer gegenüber, allerdings nicht aus einer Fundamentalopposition gegenüber Streitkräften heraus, sondern aufgrund der

Befürchtung, dass ein deutscher Wehrbeitrag zu einem Hindernis für die Wiedervereinigung werden könnte (von Schubert 1970). Auch das Grundgesetz verbietet zwar Angriffskriege, räumt aber gleichzeitig dem Bund das Recht ein, „zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ beizutreten (Art. 24 Abs. 2 GG), dessen Mitglieder angegriffenen Nationen militärisch Hilfe leisten sollen (Kimminich 1984). Spätestens mit der Verfassungsänderung vom 19. März 1956 (BGBl I, 112), die die Aufstellung von Streitkräften zur Verteidigung vorsieht (Art. 87a GG), sind Verteidigungskriege zumindest implizit akzeptiert (Eberle 2022). Das alles ist von einer grundsätzlichen Ablehnung des Kriegs als akzeptables Mittel zur (Wieder-)Herstellung des Friedens doch relativ weit entfernt.

Allerdings lässt sich, wenn auch von einem Eliten-Pazifismus im engeren Sinne nicht gesprochen werden kann, eine grundsätzliche deutsche Zurückhaltung bei Militäreinsätzen nicht von der Hand weisen. Das wird in der politikwissenschaftlichen Literatur unter dem Stichwort „Antimilitarismus“ diskutiert, der neben einem Bekenntnis zu Multilateralismus und Bündnissolidarität zu den etablierten Kernpfeilern deutscher Außen- und Sicherheitspolitik gehört (Berger 1998; Maull 1990).

Deutschlands antimilitaristische Kultur zog allerdings erst mit Ende des Ost-West-Konflikts vermehrte Aufmerksamkeit auf sich. Da der Warschauer Pakt vor 1990 eine gemeinsame Grenze mit der Bundesrepublik hatte, konnte letztere ihre wichtigsten Bündnisverpflichtungen dadurch erfüllen, dass sie konventionelle Abschreckung auf dem eigenen Territorium betrieb. Dies änderte sich erst, als mit dem Ende des Ost-West-Konflikts mehr multinationale Friedensmissionen diskutiert wurden. Die Weigerung der damaligen Regierung wegen verfassungsrechtlicher Bedenken, sich militärisch am Golfkrieg 1990/91 zu beteiligen, brachte massive Kritik seitens der Alliierten an der deutschen

„Scheckbuchdiplomatie“ (Meiers 2010, 204) mit sich und war der Auftakt für die sogenannte Out-of-Area-Debatte. Die Debatte nahm in den folgenden Jahren Fahrt auf, als die Bundesregierung sich mit konkreten Anfragen einer Beteiligung an Missionen in Somalia und dem ehemaligen Jugoslawien konfrontiert sah. Sie wurde aber 1993/94 durch eine Reihe von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts im Kern beendet. Das Gericht erklärte eine Beteiligung der Bundeswehr an multilateralen Missionen unter der Voraussetzung für verfassungskonform, dass (1) der Bundestag individuellen Einsätzen zustimme und (2) diese im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme stattfinden.

Seitdem haben konsequente Bundesregierungen die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen sukzessive ausgeweitet (vgl. den Beitrag von Meibauer in diesem Band), mit dem Ergebnis, dass Auslandseinsätze mittlerweile als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik weitreichende Akzeptanz unter außenpolitischen Eliten genießen, wie nicht zuletzt der De-facto-Kriegseinsatz in Afghanistan zeigt. Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich die Positionen außenpolitischer Eliten gegenüber Auslandseinsätzen seit der deutschen Einheit deutlich gewandelt haben (Mello 2019; Stengel 2020).

Allerdings heißt das nicht, dass automatisch Einigkeit über Einzelmissionen besteht. In der Tat bestanden und bestehen deutliche Differenzen zwischen den einzelnen Parteien. So ist die deutsche Sozialdemokratie im Schnitt etwas stärker antimilitaristisch geprägt als etwa die Union oder die Liberalen (Rathbun 2006; Wagner 2020, 115). Die Grünen standen Militäreinsätzen bis etwa Ende der 1990er Jahre ablehnend gegenüber, haben sich aber seitdem der SPD-Position angenähert und vertreten in Bezug auf den Ukrainekrieg mittlerweile eine deutlich härtere Position gegenüber Putin. Die Linke und die rechtsradikale

Alternative für Deutschland lehnen Auslandseinsätze dagegen grundsätzlich ab (Böller 2022; Stengel 2020).

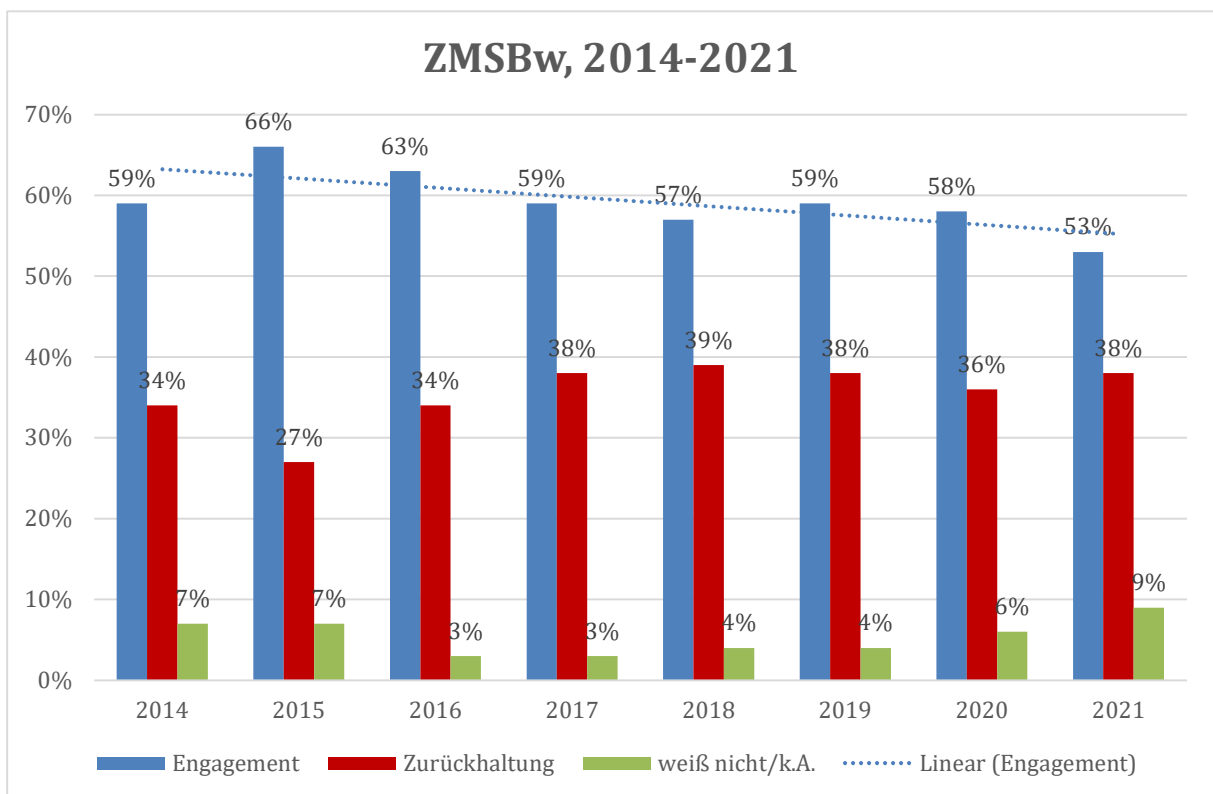
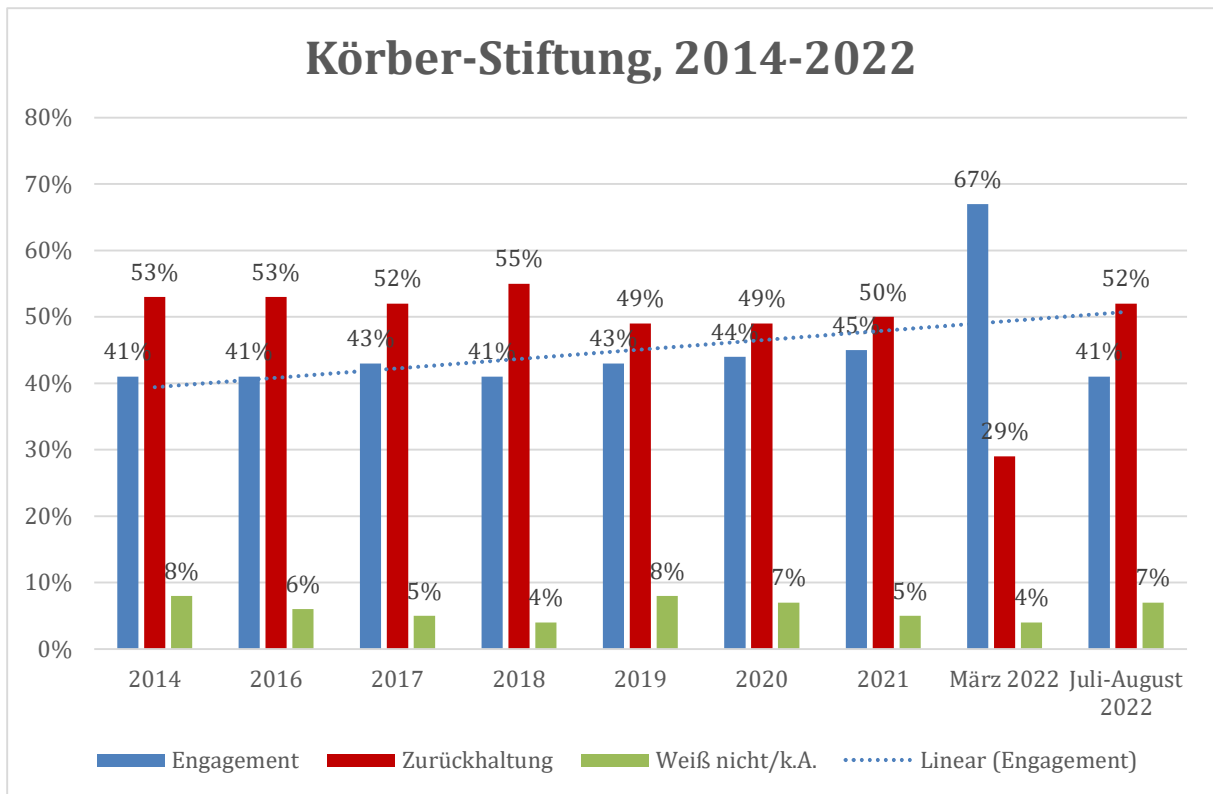
Bemerkenswert ist zudem, dass bei allem substanziellen Wandel außenpolitische Eliten nach wie vor militärische Zurückhaltung betonen und es tunlichst vermeiden, die Missionen der Bundeswehr als „Krieg“ zu bezeichnen (hierzu Geis 2021). Grund hierfür scheint ein der Bevölkerung zugeschriebener Pazifismus (oder zumindest Antimilitarismus zu sein), den es zu umschiffen gilt.

Pazifistische Bevölkerung?

In der Tat stand die deutsche Bevölkerung nach 1945 Krieg und Militär grundlegend skeptisch gegenüber. Zentrale Ereignisse in der Geschichte der Bundeswehr waren von Protesten begleitet – von der Wiederbewaffnung in den 1950ern über den NATO-Doppelbeschluss Anfang der 1980er Jahre bis hin zu Protesten gegen den Golfkrieg 1990/91 oder die Intervention im Kosovo 1999 (Lahusen 2013; Schwab-Trapp 2002). Der Frage, inwieweit die deutsche Bevölkerung heute noch antimilitaristisch oder gar pazifistisch ist, können wir uns annähern, indem wir Umfragen zu Deutschlands außenpolitischer Rolle allgemein, zu den Streitkräften als Institution und zu Präferenzen für bestimmte außenpolitische Instrumente zu Rate ziehen. Zunächst ist hier die Frage nach einer Präferenz für eine aktive bzw. zurückhaltende deutsche Rolle bei der Bearbeitung internationaler Probleme und Krisen relevant. Hier zeigen sich uneinheitliche Ergebnisse. Während repräsentative Umfragedaten der Körber-Stiftung seit 2014 kontinuierliche Mehrheiten für eine außenpolitische Zurückhaltung zeigen, demonstrieren Daten des Zentrums für Militärgeschichte und

Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) das Gegenteil. Abb. 1 zeigt Daten aus beiden Quellen im Vergleich, für den Zeitraum 2014 bis 2021/22.

Abb. 1: Einstellungen zu Engagement/Zurückhaltung bei der internationalen Problemlösung, Zeitverlauf



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von Körper-Stiftung (2014; 2022b; 2017; 2022a; 2022c; 2020;

2019) und Graf et al. (2022, 40)

Selbst wenn man berücksichtigt, dass Umfragen grundsätzlich mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten sind, da Ergebnisse durch unterschiedliche Fragestellungen, Antwortformulierungen, Befragungszeitpunkte usw. beeinflusst werden (Graf 2021; Mader 2017), zeigen die Daten deutlich, dass die pauschale Aussage, „die Deutschen“ (im Sinne von nahezu alle) wollten sich lieber heraushalten, nicht zutrifft. Die Deutschen sind sich schlicht uneinig.

Dieser ambivalente Eindruck verstärkt sich zu einem gewissen Grad noch, wenn man die Daten in einen breiteren zeitlichen Kontext stellt. Denn nicht nur der Körber-Stiftung zufolge war nämlich noch in den 1990er Jahren die Mehrheit der Deutschen (62 %) für ein stärkeres deutsches Engagement (Körber-Stiftung 2014, 3). Dass die öffentliche Meinung v.a. im Zusammenhang mit stark in den Medien präsenten Einzelereignissen zudem durchaus deutlich schwanken kann, demonstrieren die Umfragewerte kurz nach dem russischen Angriff. So spricht sich im März 2022 (direkt nach dem Angriff) eine deutliche Mehrheit von 67 % der Befragten für eine aktivere deutsche Außen- und Sicherheitspolitik aus, allerdings fällt der Wert schon im Juli/August wieder zurück auf 41 % - 4 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres.

Ein weiterer Punkt, der für eine Beurteilung eines möglichen deutschen Pazifismus relevant ist, ist die Einstellung der Bevölkerung zur Bundeswehr. Denn eine pazifistische Öffentlichkeit, die Krieg als Mittel der Politik prinzipiell ablehnt, dürfte Streitkräfte eher skeptisch sehen. Zumindest auf Basis der Daten des ZMSBw, das über die detailliertesten Umfragedaten zu deutscher Sicherheitspolitik verfügt, lässt sich eine solche Position nicht bestätigen. 2021 hielten 74 % der Befragten die Bundeswehr für eine wichtige Institution für Deutschland, 83 % hatten eigener Aussage nach eine grundsätzlich positive Einstellung (sehr

positiv, positiv, eher positiv) zur Bundeswehr und 59 % gaben an, dass die Bundeswehr bei ihnen persönlich ein „hohes“ oder „eher hohes Ansehen“ genießt (Graf et al. 2022, 132) - auch wenn die zunehmend zutage tretende mangelnde Einsatzfähigkeit dem Vertrauen nicht unbedingt nützt (ARD-DeutschlandTrend 2023). Ebenfalls legt die seit den 1980ern hohe öffentliche Unterstützung für die deutsche NATO-Mitgliedschaft nahe, dass eine generelle Ablehnung von Streitkräften im Sinne eines strikten Pazifismus schlicht nicht zutreffend ist (Hellmann et al. 2014, 184 f.).

Deutlich differenzierter ist das Meinungsbild in Bezug auf die Streitkräfte als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik. Einerseits besteht Umfragedaten aus dem Jahr 2021 zufolge eine deutliche Präferenz für nichtmilitärische Instrumente wie Diplomatie (84 %), Rüstungskontrolle (72 %), Entwicklungshilfe (70 %) und Wirtschaftssanktionen (61 %), deren Einsatz starke Mehrheiten befürworten. Andererseits zeigen die Daten auch, dass die Bevölkerung Auslandseinsätze nicht pauschal ablehnt, sondern zwischen unterschiedlichen Typen unterscheidet. Während deutliche Mehrheiten Stabilisierungs- (57 %) und Ausbildungseinsätze (60 %) befürworten, unterstützen nur 34 % der Befragten Kampfeinsätze. Allerdings lehnen auch nur 32 % solche Einsätze ab, 32 % sind unentschieden. Wie Timo Graf feststellt, bestand sogar in Bezug auf die bisher blutigste Mission der Bundeswehr in Afghanistan „eine im Durchschnitt eher positive Grundhaltung zum Einsatz“ (Graf 2021, 420).

Fragt man die Bevölkerung danach, welche Aufgaben zum Spektrum der Bundeswehr gehören sollten, so muss das Bild einer prinzipiell pazifistischen oder auch nur antimilitaristischen Bevölkerung noch mehr differenziert werden. Von einer antimilitaristischen, und erst recht einer pazifistischen, Bevölkerung müsste man erwarten,

dass sie zumindest Kampfeinsätze im Ausland mehrheitlich ablehnt, jedoch findet sich zumindest nach ZMSBw-Daten eine prinzipielle Unterstützung für ein breites Aufgabenspektrum der Bundeswehr, von der Landesverteidigung (86 %) bis zu Kampfeinsätzen im Ausland (53 %). Tatsächlich zeigen Studien, dass das Meinungsbild in Deutschland zu konkreten sicherheitspolitischen Problemlagen und den anzuwendenden Instrumenten in Deutschland, wie in anderen Ländern auch, von verschiedenen Faktoren beeinflusst wird, zu denen neben politischen Grundorientierungen wie Pazifismus/Militarismus u. a. weitere Faktoren wie etwa parteipolitische und ideologische Positionen, der Kenntnisstand über konkrete Einsätze sowie der wahrgenommene Erfolg oder Misserfolg bestimmter Einsätze zählen (Mader/Fiebig 2015; Steinbrecher et al. 2021; Steinbrecher/Wanner 2021).

Ein ähnlich differenziertes Bild scheint sich auch in Bezug auf den Ukrainekrieg herauszukristallisieren. Umfragedaten der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Juni 2022 nach sind zwei Drittel der Befragten dagegen, dass Deutschland militärisch in Konflikte eingreift (FES 2022). Angesichts des engen zeitlichen Zusammenhangs und der Medienpräsenz des Ukrainekriegs liegt es nahe, dass hier v. a. ein militärisches Eingreifen in diesen Konflikt gemeint ist. Demgegenüber hielten dem ARD-DeutschlandTrend (2023) zufolge 52 % der Befragten im Februar 2023 die Entscheidung der Bundesregierung, Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern, für richtig.

Fazit

Die Frage, ob Russlands Angriff auf die Ukraine zum Totengräber des deutschen Pazifismus wird, schießt schon allein deswegen am Ziel vorbei, da sie auf einer falschen Prämisse beruht.

Untersuchungen legen nahe, dass 30 Jahre nach Ende des Kalten Kriegs nicht von einem deutschen Pazifismus im strikten Sinne gesprochen werden kann. Selbst die vielbeschworene antimilitaristische Kultur muss vor dem Hintergrund aktueller Umfragen deutlich differenzierter gesehen werden.

Allerdings scheint sich der russische Überfall zumindest kurzfristig in einer verstärkten Präferenz für ein aktives deutsches Engagement in der internationalen Sicherheitspolitik niedergeschlagen zu haben. Insofern liegt die zögerliche Politik Berlins in Bezug auf die Unterstützung der Ukraine, v. a. mit Waffenlieferungen, wahrscheinlich nicht so sehr in einem naiven Pazifismus der deutschen Bevölkerung begründet, sondern ist außenpolitischen Eliten geschuldet. Woher sie rührt, darüber lässt sich nur spekulieren. Falsche Annahmen über eine „vorsichtige Distanz zu allem Militärischen“ des Volkes, wie Bundespräsident Horst Köhler (2005) es nannte, antimilitaristische (und tw. anti-amerikanische) Positionen in der SPD und Ängste vor einer Eskalation spielen dabei möglicherweise ebenso eine Rolle wie ein generell reaktiver Politikstil, überholte Ideen von Ostpolitik und Interessenausgleich mit Russland sowie handfeste Wirtschaftsinteressen (Fix 2021; Heinemann-Grüder 2022).

Literatur

ARD-DeutschlandTrend (2023): Zustimmung zur „Leopard“-Lieferung, 2.2.2023, <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3287.html> [Zugriff: 3.2.2023].

Bald, Detlef (2002): Die Reform des Militärs in der Ära Adenauer, in: Geschichte und Gesellschaft 28, 204–232.

Berger, Thomas U. (1998): *Cultures of Antimilitarism: National Security in Germany and Japan*, Aufl., Baltimore.

Böller, Florian (2022): *Fuelling Politicisation: The AfD and the Politics of Military Interventions in the German Parliament*, in: *German Politics*, <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2072489>.

Eberle, Jakob (2022): *Germany Has Never Been a Pacifist Power*, in: *Foreign Policy*, 4.4.2022, <https://foreignpolicy.com/2022/04/04/germany-pacifism-military-defense-ukraine-war-scholz> [Zugriff: 27.01.2023].

FES – Friedrich Ebert Stiftung (2022): *Umfrage: Deutsche Außenpolitik nach der Zeitenwende*, <https://www.fes.de/themenportal-die-welt-gerecht-gestalten/frieden-und-sicherheit/zeitenwende-sicherheitspolitik/artikelseite-ukraine/umfrage-deutsche-aussenpolitik-nach-der-zeitenwende> (Stand.RL [Zugriff: 27.01.2023]).

Fiala, Andrew (2021): *Pacifism*, in: *Stanford Encyclopedia of Philosophy*, <https://plato.stanford.edu/archives/fall2021/entries/pacifism> [Zugriff: 27.01.2023].

Fix, Liana (2021): *Germany's Role in European Russia Policy: A New German Power?*, London.

Geis, Anna (2021): *The Ambivalence of (Not) Being in a 'War': The 'Civilian Power' Germany and the 'Stabilization Operation' in Afghanistan*, in: Ish-Shalom, Piki (Hrsg.): *Concepts at Work: On the Linguistic Infrastructure of World Politics*, Ann Arbor, 65–90.

Graf, Timo (2021): *Freundliches Desinteresse als Bilanz? Die Einstellung der Deutschen zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan auf dem Prüfstand*, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 14, 411–436.

Graf, Timo/Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko et al. (2022): *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild. Ergebnisse und Analysen der*

Bevölkerungsbefragung 2021. ZMSBw-Forschungsbericht 131. Potsdam,
[https://zms.bundeswehr.de/resource/blob/5399778/eb95a351931c130bdfd542832bd53091/
download-bevbefr-2021-forschungsbericht-data.pdf](https://zms.bundeswehr.de/resource/blob/5399778/eb95a351931c130bdfd542832bd53091/download-bevbefr-2021-forschungsbericht-data.pdf) [Zugriff: 27.01.2023].

Heinemann-Grüder, Andreas (2022): Russland-Politik in der Ära Merkel, in: SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen 6, 359-372.

Hellmann, Gunther/Wagner, Wolfgang/Baumann, Rainer (2014): Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung, 2. Aufl., Wiesbaden.

Kimminich, Otto (1984): Was heißt Kollektive Sicherheit? Völkerrechtliche Aspekte der Kollektiven Sicherheit in und für Europa, in: Sicherheit und Frieden/Security and Peace 2, 5–12.

Köhler, Horst (2005): Rede auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr, gehalten am 10.10.2005, Bonn.

Körper-Stiftung (2014): Einmischen oder zurückhalten? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von TNS Infratest Politikforschung zur Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik, Hamburg.

Körper-Stiftung (2017): The Berlin Pulse 2017: German Foreign Policy in Perspective, Hamburg.

Körper-Stiftung (2019): The Berlin Pulse 2018/19: German Foreign Policy in Perspective, Hamburg.

Körper-Stiftung (2020): The Berlin Pulse 2019/20: German Foreign Policy in Perspective, Hamburg.

Körper-Stiftung (2022a): The Berlin Pulse 2021/22: German Foreign Policy in Perspective, Hamburg.

- Körper-Stiftung (2022b): Sonderumfrage The Berlin Pulse März 2022, <https://koerber-stiftung.de/projekte/the-berlin-pulse/sonderumfrage-2022> [Zugriff: 27.01.2023].
- Lagassé, Philippe/Mello, Patrick A. (2018): The Unintended Consequences of Parliamentary Involvement: Elite Collusion and Afghanistan Deployments in Canada and Germany, in: *The British Journal of Politics and International Relations* 20, 135–157.
- Lahusen, Christian (2013): Soziale Bewegungen, in: Mau, Steffen/Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Wiesbaden, 717–729.
- Mader, Matthias (2017): *Öffentliche Meinung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Zwischen Antimilitarismus und transatlantischer Orientierung*, Wiesbaden.
- Mader, Matthias/Fiebig, Rüdiger (2015): Determinanten der Bevölkerungseinstellungen zum Afghanistaneinsatz. Prädispositionen, Erfolgswahrnehmungen und die moderierende Wirkung individueller Mediennutzung, in: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hrsg.): *Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger*, Wiesbaden, 97–122.
- Mau, Hanns W. (1990): Germany and Japan: The New Civilian Powers, in: *Foreign Affairs* 69, 91–106.
- Meiers, Franz-Josef (2010): Von der Scheckbuchdiplomatie zur Verteidigung am Hindukusch. Die Rolle der Bundeswehr bei multinationalen Auslandseinsätzen 1990–2009, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 3, 201–222.
- Mello, Patrick A. (2019): Von der Bonner zur Berliner Republik: Die ‚Zivilmacht‘ Deutschland im Spiegel parlamentarischer Debatten zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, 1990 bis 2018, in: Brummer, Klaus/Kießling, Friedrich (Hrsg.): *Zivilmacht Bundesrepublik? Bundesdeutsche*

außenpolitische Rollen vor und nach 1989 aus politik- und geschichtswissenschaftlichen Perspektiven, Baden-Baden, 295–316.

Rathbun, Brian C. (2006): The Myth of German Pacifism, in: *German Politics & Society* 24, 68–81.

Scholz, Olaf (2022) Regierungserklärung des Bundeskanzlers zur aktuellen Lage, Deutscher Bundestag, Parlamentsprotokoll, 20. Legislaturperiode, 19. Sitzung, 27. Februar 2022, 1350-1355.

Schwab-Trapp, Michael (2002): *Kriegsdiskurse. Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991–1999*, Opladen.

Steinbrecher, Markus/Graf, Timo/Biehl, Heiko, et al. (2021) Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2020. ZWSBw-Forschungsbericht 128. Potsdam, <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5036360/dd413dbbd10610484755c6f4fbfbaa93/download-fober-128-data.pdf> [Zugriff: 27.01.2023].

Steinbrecher, Markus/Wanner, Meike (2021): Alles eine Frage des Erfolgs? Einstellungen zum internationalen Engagement Deutschlands und zum Einsatz in Afghanistan, in: Maurer, Jochen/Rink, Martin (Hrsg.): *Einsatz ohne Krieg? Die Bundeswehr nach 1990 zwischen politischem Auftrag und militärischer Wirklichkeit. Militärgeschichte, Sozialwissenschaften, Zeitzeugen*, Göttingen, 257–279.

Stengel, Frank A. (2020): *The Politics of Military Force: Antimilitarism, Ideational Change and Post-Cold War German Security Discourse*, Ann Arbor.

Troche, Alexander (2000): „Ich habe nur die Hoffnung, dass der Kelch an uns vorübergeht ...“:

Der Zypernkonflikt und die erste deutsche Out-of-area-Entscheidung, in: Historisch-politische Mitteilungen 7, 183–195.

Von Schubert, Klaus (1970): *Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950–1952*, 2. Aufl., Stuttgart.

Wagner, Wolfgang (2020): *The Democratic Politics of Military Interventions: Political Parties, Contestation, and Decisions to Use Force Abroad*, Oxford.